

Mahn – und Gedenkarbeit

In Niedersachsen gibt es Tausende von Gräbern von Zwangsarbeiter*innen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen des Hitlerfaschismus und des Zweiten Weltkrieges.

Einige Gedenksteine sind kurz nach der Befreiung vom Faschismus errichtet worden.

Die

Gräber müssten auf fast jedem Friedhof im Lande vorzufinden sein. Zum Teil sind die

Gräber/Gedenksteine aber nicht mehr auffindbar oder existieren nicht mehr.

Wir fordern:

- **Die Erstellung einer landesweiten Bestandsaufnahme der Gräber und Gedenksteine der ausländischen Opfer des Hitlerfaschismus.**
- **Ein gemeinsam mit den Gebietskörperschaften erarbeitetes Konzept zur dauerhaften Betreuung/Pflege. Die Umsetzung des Gräbergesetzes inklusive der Aufstellung der an die Kommunen gegangenen finanziellen Mittel muss dokumentiert werden.**

Neben den großen Gedenkstätten gibt es eine Vielzahl an kleinen Gedenkort in Niedersachsen. Örtliche Initiativen, Geschichtswerkstätten oder Gemeinden/Städte haben Erinnerungstafeln oder Gedenksteine errichtet. Lokale Akteure haben in Archiven zu den Orten geforscht und die Geschichte dokumentiert.

Wir fordern:

- **Die Erarbeitung und Veröffentlichung eines Gedenkatlasses für Niedersachsen.**
- **Die inhaltliche Auflistung aller großen und kleinen Gedenkort mit Ansprechpartner*innen soll in Absprache mit der „Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten“ veröffentlicht und im Netz sukzessive aktualisiert werden.**

Antwort

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen setzen wir uns aktiv für eine lebendige Erinnerungs- und Gedenkkultur ein. Die Betroffenen und die Folgen von NS-Terror und Faschismus dürfen niemals in Vergessenheit geraten. Vor Ort die regionalen Bezüge herzustellen ist dabei ein wichtiger Baustein. Eine mögliche Förderung des Landes für einen Gedenkatlas möchten wir daher prüfen.

Wege der Erinnerung

Es gibt verstärktes Interesse an lokaler Geschichte, so dass dies auch ein Faktor für den Fremdenverkehr ist.

Wir fordern:

- **Ein landesweites Konzept „Wege der Erinnerung“ (Fuß- oder Radwege).**

Antwort

Einem landesweiten Konzept „Wege der Erinnerung“ stehen wir offen gegenüber. Geschichte vor Ort erfahrbar zu machen kann besonders eindrücklich dabei helfen einem Erstarken rechtsmotivierter Ideologien entgegenzuwirken.

3. Bessere Unterstützung der Mahn- und Gedenkstätteninitiativen

Die Schrecken des Faschismus von 1933 -1945 waren nicht „nur“ in Berlin oder in Osteuropa Alltag, sondern vor Ort in jeder Gemeinde oder Stadt. Verfolgung von Deutschen jüdischen Glaubens, Sinti und Roma, geistig und körperlich

Benachteiligten

und politisch und religiös Andersdenkenden sind hierfür einige Beispiele. Die Gebäude, in

denen das stattgefunden hat, gibt es teilweise noch. Deshalb ist es zu begrüßen, dass

sich lokale Initiativen, Vereine oder Geschichtswerkstätten mit der NS-Vergangenheit ihrer

Stadt und Gemeinde beschäftigen. Sie versuchen, das, was noch vorhanden ist, zu dokumentieren, zu erforschen, zu erhalten und zu pflegen. Die Vermittlung der Ergebnisse

dieser Arbeit durch Veranstaltungen, Ausstellungen oder Gedenktafeln sollten möglich sein.

Wir fordern:

- **Erhalt und Ausbau der Fördermöglichkeiten für lokale Mahn- und Gedenkinitiativen über das Angebot der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten.**

Antwort

Mit der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten führen wir gerne einen Dialog über den Erhalt und Ausbau von Fördermöglichkeiten. Jedoch ist die Entwicklung des Landeshaushaltes aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen kaum zu prognostizieren.

Der 8. Mai ist unser Feiertag

Die VVN-BdA setzt sich dafür ein, dass der 8. Mai als Gedenktag zur „Befreiung vom Faschismus“ ein offizieller arbeitsfreier Feiertag wird. Im Verhältnis zu anderen Bundesländern hat Niedersachsen weniger staatliche Feiertage.

Wir fordern:

- **Die zukünftige niedersächsische Regierung muss den 8. Mai zum Feiertag erklären.**

Antwort

Der 8. Mai hat, als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, eine herausragende Bedeutung. Wir GRÜNE befürworten grundsätzlich mindestens einen weiteren weltlichen Feiertag für Niedersachsen.

Straßen und Plätze

Es gibt in einigen Gemeinden Diskussionen über Namen von Straßen und Plätzen. Straßen, die nach dem Reichspräsidenten und Militaristen „Hindenburg“ benannt sind, sind hierfür ein Beispiel. Häufig geht es bei diesen Diskussionen um die Rolle, der durch die Straßenbenennung geehrten Personen im Faschismus. Darüber hinaus gibt es Denkmäler, die die Zeit des deutschen Kolonialismus verherrlichen.

Wir fordern:

- **Verbot der Ehrung von Personen (insbesondere in Form der Benennung von Plätzen, Straßen und Institutionen), die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen beteiligt waren oder die sich an dem Leid anderer finanziell bereichert haben.**

Antwort

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen lehnen wir eine Ehrung von Personen, die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt sind oder die NS-Diktatur unterstützt haben, strikt ab. In vielen Kommunen setzen wir uns für die Umbenennung von Straßen und Plätzen erfolgreich ein. Ob ein entsprechendes Verbot juristisch möglich wäre und praktisch gut umsetzbar, wollen wir gerne prüfen. Vorstellbar wäre beispielsweise auch eine vorgegebene Recherche zur „Unbedenklichkeit“ einer Person, die entsprechend geehrt werden soll.

Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus für Demokratie

Im Land Niedersachsen gibt es drei Regionalbüros der mobilen Beratung gegen Rechts.

Die Büros sind in Oldenburg, Verden und Hildesheim. Die Mitarbeiter*innen sind Ansprechpartner*innen bei rassistischen und rechten Übergriffen.

Wir fordern:

- **Büros der Mobilen Beratungsstellen „Gegen Rechts“ in allen größeren Städten und Landkreisen einzurichten.**

Antwort

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen haben wir uns in der letzten Landesregierung massiv für die Einrichtung einer Mobilen Beratung für die Betroffenen von rechtsmotivierter Gewalt und Bedrohungen eingesetzt, die wir seit vielen Jahren gefordert haben. Im Falle einer Regierungsbeteiligung werden wir uns mit den Beratungsstellen zu Beratungssituation austauschen und ggf. nachsteuern. Auch wenn es sehr wünschenswert wäre, ist es im Rahmen der des begrenzten Landeshaushaltes nicht möglich, Beratungsstellen in allen größeren Städten und Landkreisen zu schaffen. Hier wäre es jedoch ratsam, z.B. die Landkreise zur Schaffung eigener Anlaufstellen zu motivieren, die wiederum mit der Mobilen Beratung eng zusammenarbeiten.

Lehrstuhl für Gedenkstättenpädagogik

Besuche von Schüler*innen in Gedenkstätten gehören erfreulicherweise mittlerweile zum

Schulprogramm. Die Vermittlung des Themas „Nationalsozialismus“ im Unterricht und bei

den Gedenkstättenbesuchen erfordert eine besondere Ausbildung aller Beteiligten wie

Lehrer*innen und Gedenkstättenpersonal.

Wir fordern:

- **Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Gedenkstättenpädagogik an einer niedersächsischen Hochschule.**

Antwort

Dies kann ein spannender und vielversprechender Ansatz sein, Gedenkstättenarbeit weiter in den Fokus der Pädagogik zu rücken. Grundsätzlich begrüßen wir, wenn sich alle Lehramtsstudierende im Rahmen ihres Studiums mit der NS-Zeit und Gedenkarbeit auseinandersetzen. Eine Ausweitung entsprechender Angebote, bzw. die Möglichkeit der Einrichtung eines Lehrstuhls für Gedenkstättenpädagogik, möchten wir eng mit der Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten abstimmen.

Landeszentrale für politische Bildung

Es ist zu begrüßen, dass es wieder eine Landeszentrale für politische Bildung gibt. Das

Programm der Landeszentrale setzt sich z.B. mit Desinformationen und Verschwörungsmysen auseinander. Die Landeszentrale sollte ein Teil der außerparlamentarischen Bewegung gegen alte und neue Nazis sein.

Wir fordern:

- **Die Landeszentrale für politische Bildung stellt Angebote (Veranstaltungen, Referent*innen, Materialien, usw.) für eine Auseinandersetzung mit AfD, Coronaleugner*innen, Reichsbürger*innen usw. kostenlos zur Verfügung.**

Antwort

Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung leistet eine wertvolle und sehr engagierte Arbeit zur Stärkung der Demokratie. Angebote wie aktuell die Fortbildungs- und Vernetzungsreihe „Possible Complexities – Complex Possibilities Antisemitismus- & rassismuskritische Praxis aus empowermentorientierter Perspektive“ setzen genau an den Kernpunkten menschenfeindlicher Einstellungen an. Über die inhaltliche Ausrichtung entscheidet der Fachbeirat in Abstimmung mit dem Team der Landeszentrale. Eine Auseinandersetzung mit einer bestimmten Partei wird aus Neutralitätsgründen nicht möglich sein.

Ausbau der Gedenkstätten Oerbke

In Oerbke war ein Lager für alliierte Kriegsgefangene aus 13 Nationen, die hier unter schrecklichen Lebensbedingungen eingesperrt waren. Allein von den sowjetischen Gefangenen starben aufgrund der schlechten Bedingungen im Herbst 1941 90% an Fleckfieber. Auf dem örtlichen Friedhof sind Massengräber für 30.000 bis 40.000

Kriegsgefangene angelegt worden. Das einzige noch vorhandene Gebäude des Lagers ist die ehemalige „Entlausungsstation“, die derzeit von der Bundeswehr genutzt wird. Wir fordern:

- **Den Erhalt des historischen Gebäudes „Entlausungsstation Oerbke“ durch Landesförderung und seine Entwicklung zu einem Gedenkort. Das Gebäude muss der Bundeswehr entzogen werden.**

Antwort

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen **setzten wir uns für den Erhalt der Tatorte des Nationalsozialismus sowie deren Umwandlung in würdige Gedenkort ein. In Bezug auf das genannte Gebäude in Orbke möchten wir uns mit der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten austauschen um ggf. mit der Bundeswehr einen einvernehmlichen Weg zu finden.**

Bergen-Belsen

Die KZ-Häftlinge wurden mit der Bahn in das Lager Bergen-Belsen transportiert. Derzeit gibt es eine Diskussion über die Bahnstrecke von Celle zum ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen.

Wir fordern:

- **Die Wiederherstellung der Bahnstrecke zum ehemaligen KZ-Bergen-Belsen *bei gleichzeitiger Kennzeichnung ihrer Geschichte auf einer Infotafel.***

Antwort

Ob die Wiederherstellung der Bahnstrecke zum ehemaligen KZ-Bergen-Belsen möglich und wünschenswert ist, werden wir in Rücksprache mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen erwägen.

Gedenkweg „Helmetalbahn“

Im Winter 1944/45 mussten 3.000 Häftlinge des KZ-Dora-Mittelbau eine 22 Kilometer lange Eisenbahnstrecke durch den Südharz bauen. Die Hälfte der Häftlinge starben bei

der Arbeit und auf den Todesmärschen durch den Harz. In Südniedersachsen gibt es derzeit eine Diskussion über die Anlage eines Gedenkweges „Helmetalbahn“. Mit der Anlage des Gedenkweges/Gedenkortes soll die Erinnerung wach gehalten werden.

Wir fordern:

- **Die Förderung der Anlage des Gedenkweges/Gedenkortes Helmetalbahn.**

Antwort

Die Anlage eines Gedenkweges bzw. Ortes für die Zwangsarbeiter*innen der Helmetalbahn ist wünschenswert und als Grüne begleiten wir die Diskussion positiv. Entsprechende Fördermöglichkeiten möchten wir mit der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten intensiv prüfen.

„Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage“

An dem Projekt „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ sind bundesweit 3.000

Schulen mit 2 Millionen Schüler*innen beteiligt. Sie setzen sich im Schulalltag insbesondere mit den Themen „Rassismus und Antisemitismus“ auseinander. Da die Schulen eine zentrale Rolle bei der Auseinandersetzung mit rechten Ideologien spielen, ist

das Projekt vorbildlich.

Wir fordern:

- **Alle Schulen in Niedersachsen werden „Schulen ohne Rassismus, Antisemitismus und Faschismus – Schule“ mit Courage“.**

Antwort

Aus der Politik können wir die Schulen ermutigen, sich an dem Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu beteiligen. Allerdings handelt es sich um eine Entscheidung, die die Schulen selbst treffen, was auch immer mehr Schulen tun. Diese positive Entwicklung möchten wir weiter begleiten und das Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ weiter stärken.

UNESCO Biosphärengebiet „Hohe Heidmark“ statt Nato-Truppenübungsplatz

Zwischen den Städten Bergen, Bad Fallingb. und Winsen/Aller befindet sich die Heidelandschaft „Hohe Heidmark“. Seit 80 Jahren, beginnend mit den Nazis, wird hier für

Kriege geübt. Die Hohe Heide soll endlich wieder ein Ort der Lebendigkeit und des Friedens werden.

Wir fordern:

- **Schließung des Truppenübungsplatzes Bergen und Umwandlung in ein UNESCO Biosphärengebiet.**

Antwort

Truppenübungsplätze sind Angelegenheit des Bundes.

Nato-Übung Defender 2020

Im Rahmen der Nato-Übung wurden 20.000 US-Soldat*innen und ihr Material nach Europa verlegt. Das Manöver wurde aufgrund der Corona-Situation abgebrochen.

Jetzt

gibt es Überlegungen, es im Jahr 2022 zu wiederholen.

Wir fordern:

- **Keinerlei Beteiligung des Landes Niedersachsen an der Nato-Übung Defender 2022. Es wird keine Infrastruktur (Hafen, Straßen usw.) hierfür zur Verfügung stellen.**

Antwort

Nato-Übungen liegen außerhalb der Zuständigkeit des Landes Niedersachsen.

Opfer des Kalten Krieges

Als Folge des KPD-Verbots 1956 wurden Hunderte von Einwohner*innen Niedersachsens angeklagt und verhaftet. Einige KPD-Mitglieder saßen wegen der Fortsetzung ihrer politischen Arbeit im Gefängnis. Kontakt zu Einwohner*innen und Organisationen aus der DDR standen ebenfalls unter Strafe. Es war der Versuch der Adenauer Regierung, linke Bewegungen mit den Mitteln der Justiz zu verfolgen. Zum Teil waren hiervon Männer und Frauen, die schon von den Hitlerfaschisten verfolgt wurden, betroffen. Wir fordern:

- **Diese Entscheidungen der Niedersächsischen Gerichte müssen aufgehoben werden. Die Opfer sind zu rehabilitieren und materiell zu entschädigen.**

Antwort

Als Grüne möchten wir den begonnenen Weg der Aufarbeitung weitergehen und gemeinsam mit den Betroffenen Lösungen suchen, um das erfahrene Unrecht anzuerkennen und damit einen angemessenen Umgang zu finden. Materielle Entschädigungen schließen wir daher nicht grundsätzlich aus.

Opfer der Berufsverbote

Vor 50 Jahren hat die Bundesregierung den „Radikalenerlass“ verkündet. 3,5 Millionen Bewerber*innen im „Öffentlichen Dienst“ wurden daraufhin überprüft. Es gab 11.000 Berufsverbotsverfahren, die zu 1.256 Ablehnungen von Bewerber*innen und zu 265 Entlassungen aus dem Staatsdienst geführt haben.

Wir fordern:

- **Der „Radikalenerlass“ ist offiziell aufzuheben. Die Opfer der Berufsverbotsregelung sind zu entschädigen. Die Geschichte der Berufsverbote und die Auswirkungen auf die Gesellschaft sind zu untersuchen.**

Antwort

Der Radikalenerlass war ein Fehler und ist daher aufzuheben. Zu Fragen einer möglichen Entschädigung bedarf es einer weiteren Debatte in der Öffentlichkeit und im Landtag. Zuständig wäre hier aber die Bundesebene, an die das Land Niedersachsen eine entsprechende Bitter herantragen könnte. Ferner hat die vom Landtag eingesetzte „Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Schicksale im Zusammenhang mit dem sogenannten Radikalenerlass“ den Bericht „Berufsverbote in Niedersachsen 1972 -1990: Eine Dokumentation“ herausgegeben, in der die Geschichte der Berufsverbote sowie deren Auswirkungen untersucht und dokumentiert wurden.

Nazivergangenheit der Mitarbeiter*innen des Niedersächsischen Justizministerium aufarbeiten

Nach 1945 ist im öffentlichen Dienst ein großer Teil der Beschäftigten mit NSDAPVergangenheit weiterbeschäftigt bzw. neu eingestellt worden. Eine Schlüsselrolle hat

dabei das Niedersächsische Justizministerium gespielt. Hier wurden die Entscheidungen über Einstellungen und Karrieren von Richter*innen und Staatsanwält*innen getroffen.

Wir fordern:

- **Die Untersuchung der Geschichte des Niedersächsischen Justizministerium durch Historiker*innen. Die Ergebnisse der Untersuchung müssen veröffentlicht werden.**

Antwort

Genau wie die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Abgeordneter sollte auch die Geschichte der Niedersächsischen Ministerien auf mögliche NS-Bezüge und deren Auswirkungen überprüft werden.

Verfassungsschutz abschaffen

Besonders die NSU-Verbrechen haben gezeigt, dass der Verfassungsschutz unfähig war

und ist, Bürger*innen vor dem Naziterror zu schützen. Der Verfassungsschutz schützt

nicht die demokratische Verfassung, sondern ist Teil von rechten Strukturen in Verwaltung und Polizei.

Wir fordern:

- **Die Abschaffung des niedersächsischen Verfassungsschutzes.**

Antwort

Inlandsgeheimdienste wie der niedersächsische Verfassungsschutz stellen in einem demokratischen Rechtsstaat stets eine Herausforderung dar, da sie sich öffentlicher Kontrolle entziehen und nicht an die strikten rechtsstaatlichen Verfahrensgrundsätze der Strafverfolgung gebunden sind. Die Ausweitung der Kompetenzen des Verfassungsschutzes, die SPD und CDU 2021 beschlossen haben – etwa den erleichterten Einsatz von V-Leuten oder die Beobachtung Minderjähriger – lehnen wir ab. Zugleich erkennen wir an, dass der Staat auf eigene Erkenntnisse über demokratiefeindliche, insbesondere rechtsextreme Strukturen angewiesen ist.

Im Bewusstsein für den schwierigen Balanceakt zwischen Rechtsstaatlichkeit und dem öffentlichen Interesse an Information, wollen wir GRÜNEN den Reformprozess des Verfassungsschutzes fortsetzen, den wir in Regierungsverantwortung eingeleitet haben. Dabei legen wir weiterhin besonderen Wert auf die verfassungsrechtlich gebotene strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten sowie die Begrenzung ihrer Eingriffsbefugnisse auf das erforderliche Maß. Den Rechtsschutz für beobachtete Personen und die parlamentarische Kontrolle werden wir stärken – auch durch eine bessere Vernetzung der jeweiligen Kontrollgremien des Bundes und der Länder.

Ausforschung von jungen Antifaschist*innen

Unterschiedliche staatliche Stellen wie Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz

und Dienststellen der Polizei überwachen Aktivitäten von jungen Antifaschist*innen.

Wir fordern:

- **Diese Überwachung muss unterbleiben.**

Antwort

Menschen die sich antifaschistisch engagieren zu überwachen, lehnen wir ab. Hier haben die Sicherheitsbehörden in der Vergangenheit oft jedes Maß verloren und gleichzeitig rechtmotivierte Täter*innen und deren Terror vollkommen unterschätzt. Als Grüne kritisieren wir regelmäßig überzogene Maßnahmen und setzen uns für ein Ende der Überwachung von Menschen ein, die sich antifaschistisch engagieren.

Polizist*innen brauchen Namensschilder

In öffentlichen Verwaltungen ist es mittlerweile üblich, dass Namensschilder getragen werden. Jede*r, der/die bei Demos oder Veranstaltungen Kontakt zu Polizisten hat, weiß, wie schwierig es ist, die einzelnen Polizeibeamt*innen zu erkennen, insbesondere wenn sie die komplette Ausrüstung tragen. Teilweise stehen einzelne Bürger*innen hilflos polizeilichen Maßnahmen gegenüber. Der /die einzelne Polizist*in ist dann in der Regel nicht zur Verantwortung zu ziehen, weil der Name nicht bekannt ist.

Wir fordern:

- **Die Möglichkeit der Identifizierung von Polizisten*innen im Land Niedersachsen durch gut sichtbare Namensschilder.**

Antwort

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen fordern wir seit vielen Jahren eine individuelle Kennzeichnung von Polizeibeamt*innen in geschlossenen Einsätzen, um bei Fehlverhalten einzelne Beamte identifizieren zu können. Mit dem Ende der absoluten Anonymität sollte dazu beitragen, dass Maßnahmen ohne gesetzliche Grundlage in entsprechenden Einsätzen zurückgehen.

Friedenspolitik

Niedersachsen hat eine große Zahl an Bundeswehrstandorten und Truppenübungsplätzen. Weiterhin sind wichtige Rüstungsproduzenten (Rheinmetall, Unterlüß) mit Standorten in Niedersachsen vertreten.

Wir fordern:

- **Verbot der Nutzung niedersächsischer Wasser- und Straßenverkehrswege für Waffentransporte der Bundeswehr oder Rüstungsbetriebe.**

Antwort

Wir Grüne lehnen die Bundeswehr nicht grundsätzlich ab, daher ist auch ein Transport von Rüstungsgütern unerlässlich. Wichtig sind für uns die Garantie über den zweifelsfreien Verbleib von Rüstungsgütern. Diese dürfen nicht z.B. über Umwege in Krisenregionen gelangen, wie in der Vergangenheit bereits passiert. Hierfür brauchen wir effektive Kontrollmechanismen. Jedoch sind in einigen Fälle Waffenlieferungen leider unerlässlich, wie aktuell an die Ukraine, auch wenn wir seit unserer Parteigründung für ein Europa und eine Welt arbeiten, in der zivile Konfliktprävention und internationale Zusammenarbeit gestärkt werden damit Kriege eines Tages nur noch in den Geschichtsbüchern stehen.

Flüchtlingspolitik

In Niedersachsen leben Geflüchtete von allen Kontinenten. Sie kommen v.a. aus den Ländern Syrien, Irak, Afghanistan, Iran, Somalia, Eritrea, aus dem Sudan, aus der Türkei/

Kurdistan – seit Februar 2022 auch aus der Ukraine.

Wir fordern:

- **Gleiche Rechte für alle Geflüchteten! Keine Sonderrechte für bestimmte Gruppen! Das betrifft: Zugang zu Sprach- und Integrationskursen, Arbeiterlaubnis, Wohnung, kostenfreie Nutzung von Bussen und Bahnen sowie des Internets, Familiennachzug für Schutzbedürftige. Kein ‚racial profiling‘ nirgendwo!**
- **Schließung von Abschiebegefängnissen und permanenten Sammellagern wie Bramsche.**
- **Finanzielle und personelle Aufstockung in Beratungsstellen sowie Erhöhung ihrer Anzahl.**

Antwort

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen stehen dafür, dass Niedersachsen ein sicherer Hafen für Menschen ist, die vor Not, Gewalt, Krieg und Vertreibung zu uns fliehen. SPD und CDU haben das unter rot-grün geschaffene Landesaufnahmeprogramm auslaufen lassen – das wollen wir wieder neu aufleben lassen. Wir unterstützen Kreise und kreisfreie Städte, die über ihre Kontingente hinaus Geflüchtete aufnehmen wollen. Im Bundesrat treten wir dafür ein, den Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes so zu ändern, dass Bundesländer eigene Aufnahmeprogramme selbstständig und ohne Zustimmung durch das Bundesinnenministerium beschließen können.

Wir setzen uns für eine zügige dezentrale Unterbringung neu angekommener Geflüchteter und den schnellstmöglichen Zugang zu Beratungs- und Integrationsangeboten (vor allem Sprachkursen) ein. Alle Geflüchteten sollen möglichst bald nach ihrer Ankunft ein erstes Orientierungsangebot bekommen (z. B. Wegweiskurse). Den Ablauf von der Ankunft bis zur Unterbringung in den Kommunen wollen wir durch ein integriertes Aufnahmemanagement verbessern. Die Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen soll drei Monate nicht überschreiten. Dabei legen wir hohe Mindeststandards für die Unterbringung in Geflüchtetenunterkünften fest, die unabhängig überprüft werden (Heim-TÜV). Einen besonders hohen Stellenwert hat dabei für uns die Sicherstellung des Schulbesuchs von Kindern und Jugendlichen.

Die besonderen Bedürfnisse von allein fliehenden Frauen, Familien mit Kindern und LSBTIQ-Personen sowie Menschen mit Behinderung müssen dabei berücksichtigt werden. Die Asylverfahrensberatung werden wir an allen Standorten durchgängig sicherstellen. Sie soll neutral und unabhängig durch freie Trägerorganisationen durchgeführt werden. Die ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit wollen wir besser unterstützen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) werden wir durch verbindliche, am Kindeswohl orientierte Aufnahmerichtlinien besser schützen. Maßstab ist hierbei für uns das Jugendhilferecht.

Die Versorgung von traumatisierten und psychisch erkrankten Geflüchteten werden wir deutlich verbessern. Alle Migrant*innen sollen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Versorgung erhalten – etwa durch die

Gesundheitskarte für alle. Für illegalisierte Migrant*innen schaffen wir geschützte Möglichkeiten, ohne Angst vor Abschiebung medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen – zum Beispiel nach dem bereits gut erprobten Modell Anonyme Krankenscheine. Die gesundheitliche Aufklärung werden wir verbessern.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein, um Geflüchteten den gleichberechtigten Zugang zu den regulären Unterstützungsangeboten des Sozialstaates zu ermöglichen. Zur Unterstützung queerer Geflüchteter wollen wir öffentliche Stellen gezielt sensibilisieren und besondere Angebote schaffen. Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir ab. Eine unfreiwillige Rückführung oder Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss die Ausnahme sein und bedarf in jedem Fall einer umfassenden Einzelfallprüfung.